

Ahoi!

Habe am **19.01.2012**

Anker vorm **Landtag** geworfen.

A Haupt- und Medienausschuß

Thema 1 **Anhörung Jugendkanal ARD/ZDF**

Antrag FDP + Gegenantrag SPD + Grüne
zur Sache:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (örR) hat Probleme, junge Leute, die KIKA entwachsen sind, zu erreichen.

Man erwägt, einen „Jungen Kanal“ mit Vollprogramm für die Altersklasse 14-39J. zu organisieren. Vorstufe könnte eine Art online-Jugend-TV sein, gespeist aus sonst im Normalprogramm übersehbaren Zielgruppensendungen, Zukauf und Sonderproduktionen.

Problem: TV-Beiträge dürfen nur 7 Tage lang online angeboten werden, lt. bestehender Gesetzgebung.

Als TV-Sender denkt man an die Umwidmung von „Eins PLUS“, sei es durch die ARD oder in Kooperation mit dem ZDF.

Antrag FDP: Keinen neuen Jugendkanal befürworten. WDR soll Jugendliche besser ansprechen, die digitalen Spartenkanäle des örR einschränken und die freiwerdenden Gelder in Jugendsendungen im Hauptprogramm stecken.

Hierzu wurden verschiedene Sachverständige um Ihre Meinung befragt/angehört, die zur juristischen und finanziellen Situation ihre – jeweils getönten – Einschätzungen des noch in der Diskussion befindlichen (!) Projektes „Jugend-TV“ abgaben.

Meine Einschätzung:

Wir haben kein Staatsfernsehen! Kein Parlament darf sich anmaßen, in die Programmpolitik des örR hineinzureden, solange dieser sich an die rechtlichen Vorgaben hält.

Aus Höflichkeit hatte man die 3. Garde der örR-Führungsebene zur Anhörung entsandt; ein Intendant hätte die F.d.P. in der Luft zerrissen.

Ein Rostocker Professor hatte einen neuen Regulierungsrahmen mit gleichen Regeln für alle Angebote der Öffentlich-Rechtlichen gefordert. Darüber könnte man reden, aber das ist ein viel zu heißes Eisen für alle Parteien.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört den Bürgern dieses Landes, nicht den Politikern.

Thema 2 **Haushaltsplan**

Kurzvorstellung durch den Referenten
Beratung vertagt.

Thema 3 Antrag **Verfassungsänderung**

(Linke) Wunsch: Eliminierung von „christlich“ aus der Verfassung.
Beschuß: Anhörung – vertagt.

Thema 4 Folgen der **Bundeswehr-Strukturreform**

Antrag CDU

Zur Sache: Es werden in NRW vergleichsweise viele Standorte geschlossen. Hinzu kommen die entsprechenden Hinterlassenschaften der Besatzungstruppen.

Problem: Die Immobilien und Grundstücke können nicht sinnvoll von den ohnehin durch den Abzug wirtschaftlich gebeutelten Kommunen genutzt werden, weil Bundesgesetze und Regelungen hier Mitsprache verhindern. Wertvolles Eigentum wird vor sich hingammeln.

Mündlich vorgetragene Spezifizierungen des schwammigen Antrags:

Die Landesregierung soll a) die Standortentscheidungen beim Bund noch einmal hinterfragen b) die kommunalen Folgekosten abfedern, c) ggf. ein Sonderplanungsrecht für die betreffenden Gelände erwirken.

Der anwesende Staatssekretär (wg. Haushaltsplan) erläuterte, daß zu a) entsprechende Gespräche, auch mit den anderen Bundesländern bereits laufen und das Problem bereits in der Diskussion sei.

kein Beschluß

Thema 5 **Abgeordneten-Altersversorgung**

Anhörung von Sachverständigen.

Problem: 2005 hatte NRW, gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, die Altersversorgung der Abgeordneten neu geregelt. Man hatte ein Versorgungswerk gegründet. Die MdLs zahlen seitdem pflichtgemäß! Ihre „Rentenbeiträge“ dort ein. Entgegen den Prognosen hat sich – nun, da das Zinsniveau im Keller ist – herausgestellt, daß die zu erwartenden „Renten“- hieraus schrumpfen werden. Daher bastelt man an einem Gesetz, das durch höhere Beiträge (folglich Erhöhung der Bezüge, aus denen diese bezahlt werden sollen) diese rückläufige Tendenz ausgleichen soll.

Ein Heer von Sachverständigen nahm zu dieser Situation Stellung.

Markante Ergebnisse: a) Eine Erhöhung der Beiträge ändert versicherungsmathematisch eigentlich nichts. B) ein Versorgungswerk ist grundsätzlich nicht so sicher, wie die klassische Rentenversicherung, da sie kapitalmarktabhängig ist. Verlust und Gewinn sind möglich. Streuung des Risikos bei geringer Mitgliederzahl ist kaum möglich. C) nach derzeitiger Rechtslage können Abgeordnete, selbst wenn sie es wollten, wegen der Höhe der Bezüge, nicht in die Rentenversicherung.

*Meine Einschätzung: Arme Abgeordnete ;-(Mit entsprechender Änderung der Bundes- und Landesgesetze müßte es möglich sein, daß ALLE MdPs den Maximalbetrag in die reguläre Rentenversicherung einzahlen (und dies sollte übrigens für alle Staatsbürger gelten!), den restlichen Betrag für die Alterssicherung könnten sie dann nach eigenem Gusto in privatrechtliche Rentenversicherungen, Immobilien, Aktien oder im Casino anlegen.
Dies erfordert entsprechende Bundesgesetzgebung.
Ein reines NRW-Abgeordneten-Versorgungswerk ist m.E. unsinnig.*

Vor Ende Wechsel in andere Ausschußsitzung.

B Ausschuß Bauen, Wohnen und Verkehr

Thema 1 Müngstener Brücke

Bericht der Deutschen Bahn
Brücke wird ca. 2014 wieder nutzbar.

Thema 2 Haushaltsgesetz

Einzelplan 14 wurde kurz erläutert
neu für mich: 13 Mio € für Sozialticket kommen vom Land!

Thema 3 Wohnraumförderung 2012

Aus dem Bericht des Staatssekretärs und der Diskussion erhellt:
Nach Jahren der Förderung der „Häuslebauer“ ist eine Umschichtung in Richtung Mietwohnungsbau angelegt.

Thema 4 Aktualisierung der Gebietskulissen.

Ja, da hab ich erst einmal geschluckt. Öh -?

Dem Bericht des Sekretärs entnehme ich, daß es so eine Art Kataster, Datei, Landkarte gibt, die auf Wunsch des Städtetages aktualisiert worden ist. Die Situation auf dem Wohn-Markt (Eigentum und Miete) wurde nach bestimmten Kriterien erforscht ; Nachfrage, Zielgruppen, Prognosen, Preise etc. wurden erhoben und in Kartenform aufbereitet. Das Datenmaterial dient der Entscheidung/den Entscheidern, wo finanzielle Unterstützung in welcher Art für welche Zielgruppe angezeigt ist.

Die CDU nützte die Punkte 3 und 4 , um gegen die Haushaltsansätze zu wettern. Tenor: Geld wird in die Städte gepumpt, die unverantwortlich sich selbst „wohnungswirtschaftlich“ in mißliche Lage gebracht haben. Das ländliche Gebiet mit vielen Häuslebauern erhält für sein besseres Wirtschaften zur Strafe dann weniger Subventionen.

Meine Gedanken dazu: Wir brauchen dringend a) mehr Wohnraum b) mehr Arbeitsplätze c) mehr Binnennachfrage, um die nationale Wirtschaft insgesamt zu stützen.

Solange Büros leerstehen (Eigentum verpflichtet!!), die Hälfte des Einkommens fürs Wohnen draufgeht und folglich wenig für sonstigen Konsum übrigbleibt, kommen wir aus dem Wirtschaftsloch nicht heraus.

In diesem Bereich müssen wir uns Gedanken machen, Piraten!

Thema 5 **Vollintegration des Landeswohnungsbauvermögens in die NRW-Bank.**

Antrag der Linken
wurde abgelehnt.

Es scheint eine „alte Rechnung“ gewesen zu sein - die Hintergründe kenne ich - noch - nicht.

Heißt die Segel!

Und Ahoi!

Winnie / Berolina